

Initiativantrag

der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten

betreffend

**die sofortige Aussetzung der Wirtschaftssanktionen gegenüber der Russischen Föderation
durch Österreich**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich
bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass Österreich die Wirtschaftssanktionen gegenüber der Russischen Föderation mit sofortiger Wirkung beendet.

Begründung

Die Auseinandersetzungen zwischen der Ukrainischen Regierung und den Separatisten in der Ostukraine gefährden den Frieden und den Wohlstand in Europa. Die verfehlte und eskalierende Politik der EU, der NATO, der Ukrainischen Regierung und der Russischen Föderation haben eine höchst gefährliche Situation mitten in Europa geschaffen.

Dieser Konflikt kann nur an den Verhandlungstischen, unter Einbindung aller relevanten Kräfte und unter Berücksichtigung derer vitalen Interessen zu einem Ende geführt werden. Das neutrale Österreich muss sich dabei auf seine Rolle als Vermittler zwischen den Konfliktparteien besinnen, anstatt an einem Wirtschaftskrieg gegen Russland teilzunehmen.

Die Wirtschaftssanktionen gegen die Russische Föderation entfalten negative Auswirkungen auf Österreichs Wirtschaft und damit auf unsere Bürger. Die heimische Landwirtschaft stöhnt unter dem Exportstopp. Für die Ausfuhr nach Russland bestimmtes oberösterreichisches Obst und Gemüse muss vernichtet werden. Schweinefleisch erlebt einen massiven Preisverfall. Der LKW-Hersteller MAN muss in Steyr 2.000 Arbeitnehmer in Kurzarbeit schicken.

Die Sanktionen müssen daher sofort gestoppt werden, da sie allen Beteiligten schaden und nichts zur Lösung des Konfliktes beitragen.

Linz, am 22.September 2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner, Povysil, Mahr, Schießl, Nerat, Klinger, Cramer, Lackner, Wall